



Sitzung vom

Mitgeteilt den

Protokoll Nr.

29. August 2017

31. August 2017

745

Auftrag Della Vedova

betreffend Berücksichtigung von Holz bei der Ausschreibung von öffentlichen Bauten
im Kanton Graubünden

Antwort der Regierung

Die Regierung anerkennt die positiven Aspekte von nachhaltig produziertem Holz und ist sich der regionalpolitischen Bedeutung dieses regenerierbaren Rohstoffes bewusst. In der Nutzung entlang der gesamten Holzkette liegt ein grosses wertschöpfendes Potential für den ganzen Kanton. Ebenso bildet die aktive Waldpflege und damit auch die Holznutzung ein wichtiges Element zum nachhaltigen Schutz des Menschen und seiner Lebensräume.

Seit Jahren ist es das erklärte Ziel der Regierung, die einheimische Ressource Holz nach Möglichkeit zu nutzen. Davon zeugen nicht nur die Antworten zu den erwähnten parlamentarischen Vorstössen Thomann und Deplazes, sondern vor allem zahlreiche Bauten der jüngeren Generation wie die beiden Werkhöfe in Davos und Ilanz, elf realisierte (u.a. Poschiavo) und drei geplante Unterhaltsstützpunkte für den Strassenunterhalt, mehrere Ökonomiegebäude der kantonalen Landwirtschaftsbetriebe, das Maschinenausbildungszentrum am Plantahof, das Schwerverkehrskontrollzentrum Cazis/Realta, die Fischzuchtanstalten in Trun und Poschiavo, das Betriebsgebäude Forstgarten Rodels, die temporären 40 Schulzimmer und Mensa für die Bündner Kantonsschule mit der Weiterverwendung von acht Schulräumen als Erweiterung der Pädagogischen Hochschule, die geplanten temporären Unterkunftsbauten während der Instandsetzung des Konvikts und deren Weiterverwendung an anderen Standorten und das geplante Erstaufnahmezentrum Meiersboden als integrale Holzbauten sowie die Anwendung von Holz im Innenausbau (gesamte Ausstattung der neuen Justizvollzugsanstalt Realta), bei Fassaden und Fenstern. Ebenfalls kommt Holz als Energieträger häufig zur Anwendung. Nebst Grossanlagen sind auch zahl-

reiche kleinere Pelletanlagen kantonal im Einsatz. Ausserdem wurden auf dem kantonalen Strassennetz verschiedene Brücken und Überführungen in Holz ausgeführt.

Die Verwendung von Holz ist bei allen Wettbewerbsverfahren für Hochbauten des Kantons immer eine mögliche Variante. Die Vorgabe des Energielabels Minergie-P-Eco bei Neubauten und die von der kantonalen Energieverordnung geforderte Bewertung der eingereichten Projekte hinsichtlich ihrer Umweltverträglichkeit garantieren somit schon heute die Erarbeitung von möglichst nachhaltigen Lösungsvorschlägen. So entstehen innovative Ansätze auf der Basis von grundsätzlichen Anforderungen an ein Bauwerk.

Die Anwendung von Holz bei kantonseigenen und vom Kanton subventionierten Bauten mittels gesetzlicher Vorgaben neu zusätzlich zu reglementieren, erachtet die Regierung als unangebracht. Solche Vorschriften schränken den Wettbewerb und die Lösungspalette fundamental ein. Im Ergebnis würden durch die gesetzgeberische Bevorzugung des Baumaterials Holz Mitbewerber im Bereich der massiven Baumaterialien, wie beispielsweise die Baumeister, verdrängt. Zudem führt die Privilegierung eines bestimmten Baustoffs zu einem starken Eingriff in die Verantwortlichkeit jeder öffentlichen Bauherrschaft, alle ihre Bauvorhaben individuell und möglichst auf die spezifischen Bedürfnisse abgestimmt zu realisieren. Ausserdem untersagt das öffentliche Vergaberecht die direkte Forderung nach einem bestimmten Produkt. Dies gilt sowohl für kantonale, vom Kanton subventionierte als auch kommunale Auftraggeber.

Die Regierung wird auch in Zukunft aktiv den Einsatz von nachhaltig produziertem Holz zur Konstruktion, für den Innenausbau oder als Energieträger bei Neubauten und bei Instandsetzungen sowie Erneuerungen bestehender Bauten unterstützen. Die Erarbeitung von zusätzlichen rechtlichen Grundlagen zur bevorzugten Verwendung von Holz ist dafür nicht nötig. Es geht nämlich um eine Frage des Vollzugs und nicht der Gesetzgebung.

Die Regierung beantragt deshalb, den Auftrag abzulehnen.



Namens der Regierung

Die Präsidentin:

B. Janom Steiner

Der Kanzleidirektor:

Daniel Spadin